

Interview: Die Macht der Konzerne brechen

Interview mit Christian Felber*

Christian Felber ist Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie. Über seine Vision von einer Wirtschaftsordnung, in der diejenigen Unternehmen einen Marktvorteil haben, die nachhaltig und sozial gerecht wirtschaften, spricht er mit der **zfwu**.¹

zfwu: *Was kann man sich unter Gemeinwohl-Ökonomie vorstellen?*

Felber: Nomen ist Omen. Ein Wirtschaftsmodell, in dem grundsätzlich die Aktivitäten auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind. Aber das ist nicht ein Sonntagsappell oder ein ethisches Wunschkonzert, sondern das wird gemessen – bei jeder Investition, bei jedem Unternehmen und auch statt dem Bruttoinlandsprodukt auf volkswirtschaftlicher Ebene. Die Reformvorschläge der Gemeinwohl-Ökonomie zielen auf die Marktwirtschaft ab. Dort werden Akteure, seien das Unternehmen, Investoren oder Konsument*innen, die das Gemeinwohl fördern, strukturell in Vorteil gestellt. Heute stehen sie strukturell im Nachteil, weil die ethischen, klimafreundlichsten und verantwortlichsten Produkte teurer sind. Das ist ein widersinniger Anreiz. Die Gemeinwohl-Ökonomie stellt diesen Anreiz vom Kopf auf die Füße, sodass ethisches Wirtschaften sich lohnt und zum Erfolg führt. Das ist eine kohärente ethische Marktwirtschaft, die nicht mehr kapitalistisch ist und die nicht mehr auf Gegeneinander, sondern auf Miteinander ausgerichtet ist.

zfwu: *Wie werden diese Anreize genau geschaffen?*

Felber: Wir verwenden alle markt- und wirtschaftspolitischen Anreize, die es heute schon gibt. Das beginnt bei der kommunalen Wirtschaftsförderung und bei der öffentlichen Beschaffung. Allein die öffentliche Beschaffung sind schon mal 20 Prozent von der Wirtschaftsleistung, das ist ein gigantisch mächtiger Hebel. Das nächste sind Steuern. Portland in Oregon zum Beispiel besteuert Unternehmen, in denen die Ungleichheit ein exzessives Ausmaß annimmt mit zusätzlichen zehn und dann in einer noch höheren Stufe 25 Prozent auf den Unternehmensgewinn, um einen Anreiz für eine moderatere Ungleichheit zu schaffen. Dann geht es weiter mit allen Instrumenten der Finanzmärkte. Banken wären dann Gemeinwohlbanken und würden die Kredite umso günstiger vergeben, je höher der ethische Mehrwert der Investition. Alles, was schädigt, wird überhaupt nicht mehr finanziert. Börsen würden nur noch Unternehmen mit einer positiven Gemeinwohlbilanz lis-

* Christian Felber Mag. phil., freier Autor, Hochschullehrer und Tänzer; Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie und Genossenschaft für Gemeinwohl, Halbgasse 15/20, A-1070 Wien; E-Mail: info@christian-felber.at.

1 Das Interview führten Johannes Rehlinger und Helena Schäfer, Studierende des Studiengangs ›Philosophy & Economics‹ an der Universität Bayreuth. Das Interview erschien in gekürzter Form in der Studierendenzzeitung ›Falter‹ am 30.07.2019.

ten. Derzeit haben praktisch alle Dax-Konzerne eine negative Gemeinwohlbilanz, weil sie so viele Negativkriterien erfüllen. Und dann zuletzt, aber vielleicht am wichtigsten, im internationalen Handel: Dass nicht die nachhaltigsten und sozialsten Unternehmen gleiche Behandlung erfahren wie die Dumper. Im Moment haben die Dumper in allen Disziplinen einen Wettbewerbsvorteil. Die haben niedrigere Kosten, weil sie externalisieren. Diese Externalisierung würde beendet, weil sie dafür eine so schlechte Gemeinwohlbilanz hätten, dass sie dadurch einen so hohen Zollaufschlag oder Marktzugangspreis zahlen würden, dass sie am unfreisten handeln würden. Die fairsten Unternehmen dagegen handeln frei.

zfwu: *Wie ist das mit der Messbarkeit und dem Aufstellen dieser Kriterien?*

Felber: Es handelt sich nicht um Physik. Das ist klar. Mit einigen Ausnahmen. Die Einkommensungleichheit im Unternehmen kann man sogar mathematisch präzise messen. Nicht alles ist hier qualitativ und ›weich‹. Umgekehrt ist in der Finanzbilanz, die gesetzlich vom Wirtschaftsprüfer gemessen wird, auch nicht alles mathematisch exakt messbar. Zum Beispiel die Bewertung von einer Beteiligung oder von einem Wertpapier. Das ist zum Teil Voodoo. Der Punkt ist, man kann ethisches Verhalten ausreichend präzise bewerten, indem man verschiedene Entwicklungs- und Erreichungsstufen beschreibt und dann genügt es für die differenzierte Behandlung, dass man grobe Kategorien schafft. Je nachdem, in welcher von zum Beispiel fünf bis sieben Kategorien man landet, zahlt man einen bestimmten niedrigeren oder höheren Steuersatz.

zfwu: *Haben Sie nicht Angst, dass sich die Unternehmen mit Zertifikaten besser darstellen als sie eigentlich sind, Stichwort Greenwashing?*

Felber: Die dürfen sich ja nicht selber darstellen. Die Gesellschaft ist inzwischen sensibilisiert für PR-CSR und Greenwashing. Dagegen helfen klare Regeln und ein externes Audit. Kein Unternehmen schreibt die Finanzbilanz selbst. Das macht der Wirtschaftsprüfer. Und erst, wenn das Testat vom Wirtschaftsprüfer vorliegt, gilt die Finanzbilanz. Mit der Gemeinwohlbilanz soll es analog sein. Die erstellt das Unternehmen, aber prüfen tut sie die Gemeinwohlauditor*in. Das heißt auch, die gesamte Zuliefererkette muss berichtet werden. Wenn sie nicht berichtet werden kann, dann gilt die Schuldvermutung.

zfwu: *Können Sie die Gemeinwohlmatrix, nach der die Unternehmen geprüft werden, noch mal genauer erklären?*

Felber: Das Unternehmen soll, wie auch schon Adam Smith geträumt hat, den Wealth of the Nation mitschaffen. Das heißt: Individueller Unternehmenserfolg soll mit dem kollektiven Erfolg der Gesellschaft gekoppelt werden. Da muss man fragen: Was ist denn der Erfolg der Gesellschaft? Das ist die Erreichung der höchsten Ziele der Gesellschaft und das sind unserer Auffassung nach ihre Grund- und Verfassungswerte. Das heißt, auf der x-Achse tragen wir die Grund- und Verfassungswerte auf, von der Menschenwürde bis zur Nachhaltigkeit. Auf der y-Achse tragen wir alle Berührungsruppen eines Unternehmens ab, darunter die

Zulieferbetriebe, die Geldgebenden, Beschäftigten und die Kunden und Kundinnen.

zfwu: *In einer Welt, in der wir kaum Mehrheiten für eine CO2-Steuer oder ähnliches bekommen, wie will man diese Matrix durchsetzen?*

Felber: Durch Begeisterung. Es haben schon 500 Unternehmen freiwillig bilanziert. Die Initiative der GWÖ geht generell von Unternehmen aus. Sie wollten nicht länger akzeptieren, dass sie einen Wettbewerbsnachteil daraus erleiden, dass sie sich verantwortlicher verhalten als die Dumper in allen Disziplinen. Es sind jetzt fast 3000 Unternehmen in 30 Staaten, die die GWÖ unterstützen, in Europa, Nord- und Südamerika und Afrika. Dann sprechen wir auch mit den Kommunen, Städten, Landkreisen und Landesregierungen. Wir sind jetzt schon im Regierungsprogramm von Valencia, Salzburg, Baden-Württemberg, Hessen und Bremen. Es gibt auch immer mehr Gemeinwohl-Gemeinden, die bei sich beginnen mit der öffentlichen Beschaffung, mit der Wirtschaftsförderung usw. Und wenn das langsam von unten nach oben wächst, dann halten wir es auch innerhalb der gegenwärtigen Demokratieform, also der repräsentativen, für möglich, dass es hier zu einer Umgestaltung des Rechtsrahmens für die Wirtschaft kommt. Falls nicht, falls die Lobbys sich alle verbünden sollten und ihre ganze Macht und ihre ganzen Ressourcen einsetzen sollten, arbeiten wir parallel an einer vertieften Demokratie, in der grundlegende Entscheidungen direkt von der Bevölkerung getroffen werden können. Dann könnten wir die Macht der Konzerne brechen. So könnten wir nicht nur eine Größengrenze vorgeben oder progressive Eigenkapitalforderungen oder eine globale Fusionskontrolle und Finanzmarktaufsicht einrichten, oder den Zugang zum Weltmarkt an die Erstellung einer Gemeinwohlabilanz knüpfen. Diese Forderungen sind meiner Einschätzung nach alle heute schon mehrheitsfähig. Nur werden diese Reformen nicht in den Wahlprogrammen der Parteien angeboten, und direktes Entscheiden gibt es nicht. Es gibt weder in Deutschland noch in Österreich einen bundesweiten Volksentscheid noch auf der Ebene der Europäischen Union. Genau diese Lücke im demokratischen Grundgerüst wollen wir mit, wir nennen es souveräne Demokratie, füllen.

zfwu: *Aber glauben Sie wirklich, dass die Präferenzen der BürgerInnen das Problem lösen können? In ihrem Plan B, also in der direkten Demokratie, würden die Bürger entscheiden. Die sind in der Mehrheit vielleicht nicht bereit so viel einzubüßen, um das Klima zu retten.*

Felber: Das nennt man kognitive Dissonanz. Diese besteht darin, dass wir anders handeln als wir uns die gesellschaftlichen Verhältnisse wünschen. Darauf gibt es eine gute Antwort. Solange es billiger ist, das Klima zu schädigen als das Klima zu schützen, solange also der Markt uns für verantwortungsloses Verhalten belohnt, wird die Mehrheit der Menschen gegen ihre Werte handeln.

zfwu: *Aber Sie wollen, dass die Leute den Markt ändern. Müssen dafür die Bürger ihre kognitive Dissonanz nicht erstmal überwinden?*

Felber: Genau, aber wenn sie politisch entscheiden könnten, dann würden sie für den rechtlichen Vorrang der klimafreundlichen Produkte optieren. Das ist erwiesen. Ein Beispiel ist die Schweizer Bahn. In den 80er Jahren ist die Mehrheit der Schweizer Auto gefahren. Dann wollte die Regierung viele Milliarden Franken in den Ausbau der Autobahnen investieren. Die BürgerInnen haben dann eine Initiative gegründet und diese viele Milliarden über einen Volksentscheid in den Bahnausbau umgelenkt, aus Umweltschutzbewusstsein. Deshalb hat die Schweiz heute das beste und beliebteste Bahnnetz der Welt. Das heißt, die Antwort auf die kognitive Dissonanz ist die, dass die KonsumentInnen in ihrer Rolle als StaatsbürgerInnen die Regeln so ändern, dass sie von den Märkten nicht mehr für verantwortungsvolles Verhalten bestraft werden.

zfwu: *Das heißt, eine vorgezogene Entscheidung, um nicht seinen Präferenzen zu erliegen.*

Felber: Nein, a priori gibt es keine ›Präferenz‹ für chemieintensive Landwirtschaft, der Vorzug gilt allenfalls dem niedrigeren Preis! Deshalb müssen Marktsignale und Grundwerte zusammenstimmen. In dem Moment, wo es erneuerbare Energien gibt, braucht es ein Gesetz, das sie in den Vorteil bringt.

zfwu: *Aber wenn es wirklich zum Volksentscheid kommen würde, würden dann die Wähler nicht auf Seiten der Arbeitsplätze abstimmen? Glauben Sie nicht, es gibt viele Leute, die gegen eine CO2-Steuer sind, weil sie bei Mercedes arbeiten, nicht weil sie grundsätzlich den Klimawandel verleugnen?*

Felber: Ja, also wenn Sie für Arbeitsplätze sind, müssen Sie für Umweltschutzmaßnahmen stimmen, denn Umweltschutz bringt unterm Strich mehr Arbeitsplätze. Das schönste Beispiel ist die ökologische Steuerreform. Seit über 25 Jahren besteht wissenschaftlicher Konsens, dass sie mehr Umweltschutz und mehr Arbeitsplätze bringen würde. Die Regierungen setzen sie aber nicht um, weil es den mächtigen Kohle- und fossilen Energiekonzernen schaden würde. CETA zum Beispiel wurde von den Regierungen auf Basis von zwei Argumenten entschieden: zum einen, ein mikroskopisches BIP-Wachstum, obwohl die Bevölkerung in Deutschland das BIP als oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik bereits mehrheitlich ablehnt. Und zweitens, aber nur unter der Annahme, dass dieses mikroskopische zusätzliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts eintritt, mit ein paar Arbeitsplätzen mehr. Alles andere, Lebensqualität, Stabilität, Artenvielfalt, Schlafqualität, Betreuungsqualität, Umweltqualität, Demokratiequalität, hat keine Rolle gespielt. Und das Bruttoinlandsprodukt spielt sogar eine negative Rolle. Die Menschen wünschen sich sogar ein nicht mehr wachsendes Bruttoinlandsprodukt, wenn das mit weiteren Schädigungen vom Klima bis zur Ungleichheit einhergeht.

zfwu: *Könnten Sie sich vorstellen, mit bestehenden Parteien zusammenzuarbeiten und ihre Forderungen in deren Programm aufnehmen zu lassen?*

Felber: Wir tun das schon. Auf der kommunalen Ebene werden wir bereits von mehreren Dutzend verschiedenen Parteien unterstützt. In Deutschland von den Linken bis zur FDP. Auch SPD, Grüne, CDU, CSU machen mit der Gemeinwohl-Ökonomie Wahlkampf auf kommunaler Ebene.

zfwu: *Was ist der nächste Schritt?*

Felber: Dass die ersten Kommunen explizit den Beschluss fassen, die Wirtschaftsförderung oder die öffentliche Beschaffung an die Erstellung einer Bilanz und ihr Ergebnis zu knüpfen. Das heißt, der öffentliche Einkauf, aber auch die Wirtschaftsförderung mit Steuergeldern. Da haben die Kommune oder der Landkreis die Möglichkeit, Bedingungen zu stellen. Die jetzigen Bedingungen sind Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze. Das ist nicht alles falsch. Man kann es weiterhin an Arbeitsplätze knüpfen, aber an sinnvolle und nachhaltige Arbeitsplätze, die dem sozialen Zusammenhalt und einer gerechten Verteilung dienen.

zfwu: *Finden Sie, dass KonsumentInnen eine Pflicht haben, jetzt schon Produkte zu kaufen, die zertifiziert sind?*

Felber: Sie haben eine ethische Verantwortung, aber keine gesetzliche Pflicht. Die ethische Verantwortung rührt daher, dass wir die Menschenrechte unserer Kinder respektieren und hochhalten sollten. So gesehen sind wir eigentlich auch gesetzlich verpflichtet, da die Gesetze grundsätzlich schon sagen, dass wir niemandes anderer Menschenrechte verletzen dürfen. Die Frage ist, ob das eines Tages einklagbar wird. Die GWÖ sieht jedenfalls Rechtssubjektstatus für die Natur und damit verbundene einklagbare Rechte vor.